

# Die Sache mit den NIUKS

*Wer glaubt, es gäbe für jede Soldatin und jeden Soldaten ein Bett und einen Spind in einer Stube einer Kaserne der Bundeswehr, der irrt sich gewaltig.*

*Gerade für die vielen Pendler ist kein Platz mehr da.*

Die Unterscheidung zwischen „Unterkunftspflichtigen“ (bis 25-Jährige) und „Nicht-Unterkunftspflichtigen Soldaten“ (Abkürzung NIUKS), das heißt in der Praxis: nicht-unterkunftsberechtigten Soldaten, ist ein Anachronismus aus den Zeiten der großen, jungen Wehrpflichtarmee. Heute haben wir eine sehr viel ältere Armee, eine Familienarmee – und deshalb: eine Pendlerarmee.

Nach Zahlen des Verteidigungsministeriums pendeln insgesamt 70 Prozent aller Soldatinnen und Soldaten, 40 Prozent sind Wochenendpendler. Längst nicht alle bekommen Trennungsgeld. Viele hätten gern einen Platz in der Kaserne. Die Bedarfszahl-Schätzung schwankt zwischen 20.000 und 30.000.

Um das Pendlerproblem zu lösen, gibt es prinzipiell zwei Möglichkeiten: Erstens, eine bessere Trennungsgeldregelung, so dass alle Pendler – aus welchen Gründen auch immer sie ihren Lebensmittelpunkt an einem anderen Ort als dem Dienstort haben wollen – die Zusatzwohnung am Dienstort erstattet bekommen können. Rechtlich würde so eine Lösung aber sicher nicht einfach und schnell zu realisieren sein. Schon bei dem scheinbar einfachen Vorhaben des Koalitionsvertrags der Großen Koalition, ein Wahlrecht zwischen Umzugskostenvergütung und Trennungsgeld gesetzlich zu regeln, hakt es immer noch. Auch andere Bereiche des öffentlichen Dienstes reden hier mit.

Der zweite Problemlöser heißt: bauen. Es muss günstige Unterbringungsmöglichkeiten für NIUKS geben. Heute erlebe ich bei Truppenbesuchen oft, dass „unterkunftspflichtige“ junge Soldaten auf einen besseren Wohnstandard verzichten und in ihren Stuben solidarisch zusammenrücken, um den über-25-jährigen Kameraden – gegen geringe Gebühr – einen Schlafplatz in der Kaserne zu erhalten. Auch deshalb sind so viele Standorte noch so weit entfernt von der 1- oder 2-Mann-Belegung. Aber nach der gegenwärtigen Regelungslage fehlen einfach die Stuben. Und immer noch werden ganze Kasernenblöcke an die BIMA, die *Bundesanstalt für Immobilienaufgaben*, zurückgegeben.

In einem besonderen Fall, Wilhelmshaven, hat die Bundeswehrverwaltung inzwischen eine provisorische Lösung für die NIUKS gefunden, die gerade von den Fregatten und Ver-

sorgern, auf denen sie bisher schlafen konnten, verbannt werden. Dabei geht es auch oft nur um einzelne Monate zwischen größeren Seefahrtsblöcken im Kalender. Eine eigene, nicht erstattungsfähige Wohnung am Dienstort bezahlen zu müssen, wäre in diesen Fällen doppelt bitter. Eine nicht mehr genutzte Kaserne wird jetzt für die Landzeiten der nicht-trennungsgeldberechtigten Seeleute zurückgeholt.

Vielleicht markiert Wilhelmshaven nun den Einstieg in eine Grundsatzänderung. Es gibt, angesichts der dienstlich erzwungenen, prinzipiellen Mobilität der Soldatinnen und Soldaten, eine besondere soziale Verpflichtung des Dienstherrn zur Wohnungsfürsorge! Der Dienst der Soldaten ist im Hinblick auf ihre Mobilität mit keinem anderen Teil des öffentlichen Dienstes vergleichbar. Das wäre ein guter neuer Grundsatz.

Falls die Durchsetzung dieses neuen Denkens aber zu lange dauern sollte – und wir brauchen Lösungen für die heutige Bundeswehrgeneration –, dann bietet sich ein anderes Argumentationsmuster an: die sicherheitspolitische Lageveränderung.

So wenig sich heute noch vernünftig begründen lässt, warum gerade alle Unter-25-Jährigen „unterkunftspflichtig“ sein sollen, die Älteren aber nicht, so klar ist doch mittlerweile, dass Präsenz in der Kaserne vor und nach Übungen und in Alarmierungs- und (langen) Bereitschaftsphasen heute einen viel höheren Stellenwert hat als bisher. Die *NATO-Response-Force* ist wirklich ernst gemeint, die *VJTF (Very High Readiness Joint Task Force)* sowieso. Die Wiederherstellung der Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung in Europa meint nicht einzelne Einsatzkontingente, sondern die ganze Bundeswehr.

Deshalb hat die Forderung nach einem Bett und einem Spind in einer Stube einer Kaserne der Bundeswehr für jede Soldatin und jeden Soldaten in der heutigen Zeit auch eine sicherheitspolitische Dimension. Präsenz heißt da sein. Oder wenigstens da sein können.

*Dr. Hans-Peter Bartels*

*Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages*